

## Schwerpunkt:

# Aktivierung und Beteiligung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“

## Aktivierung und Beteiligung sind zentrale Elemente der Programmumsetzung

Neben der „Ressourcenbündelung“ und der „Erprobung neuer Management- und Organisationsformen“ sind die „Aktivierung von Eigeninitiative, von Selbsthilfepotenzialen, die Entwicklung eines gemeinsamen Bewusstseins und die Festigung von nachbarschaftlichen Netzen“ zentrale Elemente des Programms „Soziale Stadt“, wie Dr. Ulrich Klimke, ehemaliger Leiter der Unterabteilung Städtebau im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, in seiner Begrüßungsrede zum bundesweiten Impulskongress Quartiermanagement Ende 2000 in Leipzig betonte (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2001, S. 11).

In vielen Stadtteilen werden Entwicklungen vor allem von „unkonventionellen“ Formen politischen und bürgerschaftlichen Engagements getragen und geprägt, die jenseits „konventioneller“, institutionell garantierter Beteiligungsformen wie politische Wahlen oder Mitarbeit in politischen Parteien liegen<sup>1</sup>: Vereine, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und „neue soziale Bewegungen“ (vgl. Roth 1998, S. 5 ff.) vertreten ihre Interessen unmittelbar „von unten“ und stellen damit eine wichtige Ressource für integrierte Stadtteilentwicklung sowie ein Potenzial für ein demokratisches Gemeinwesen und eine entsprechende Streitkultur (vgl. Rucht 1997, S. 384 und 398) dar. In ihnen formieren sich gleichermaßen bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und advokatische Interessenvertretung. Sie sind Repräsentanten einer (kritischen) Öffentlichkeit und bilden ein Korrektiv sowie Innovationspotenzial für Politik und Verwaltung (ebenda, S. 390 ff. sowie Roth 1998, S. 2 f.).

Inzwischen agiert eine Vielzahl dieser Initiativen und Organisationen mit lokalem Bezug, wenngleich oft ohne wirkliche Kooperation. Ein Beispiel hierfür ist das Nebeneinander von stadtteilbezogenen Bürgerinitiativen und stadtweit agierenden Lokale-Agenda-21-Gruppen sowie oftmals sektoral ausgerichteten und nicht ganzheitlich auf die Stadtteilentwicklung bezogenen Planungszellen und Bürgergutachten, die zudem häufig sehr stark „mittelschichtorientiert“<sup>2</sup> sind. Nicht organisierte Bürgerinnen und Bürger sowie die lokale Wirtschaft als Basis für die Schaffung und Stabilisierung von Arbeitsplätzen und als Anknüpfungspunkt für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bleiben oftmals unberücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund treten die wesentlichen Innovationen, die von dem Programm „Soziale Stadt“ ausgehen sollen, umso stärker hervor:

- die Schaffung ganzheitlicher quartierbezogener Beteiligungsstrukturen,
- die quartierbezogene Vernetzung lokaler Initiativen und Organisationen,
- die Erschließung der spezifischen Problemlösungskompetenzen auch bisher nicht organisierter Bürgerinnen und Bürger mit Strategien des Empowerment (Befähigung, Aktivierung) als einem Ansatz der Gemeinwesenarbeit (GWA) oder der „Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit“ sowie
- die Einbeziehung der lokalen Wirtschaft.

Die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in den mittlerweile 249 Programmgebieten lässt allerdings erkennen, dass das Verständnis von „Aktivierung“ und

„Beteiligung“ von Kommune zu Kommune teilweise sehr differiert und die Frage, wer mit welchen Methoden und Zielen durch wen zu aktivieren oder zu beteiligen sei, recht unterschiedlich beantwortet wird.

Oftmals wird darauf hingewiesen, man könne Aktivierung und Beteiligung begrifflich nicht voneinander trennen: Aktivierung wirke immer beteiligend, und alle Beteiligungsformen wiesen zugleich aktivierenden Charakter auf. Die Praxis in den Stadtteilen zeigt jedoch immer wieder, dass Aktivierungsaspekten weniger Aufmerksamkeit entgegengebracht wird als solchen der Beteiligung – eine getrennte Betrachtung erscheint demnach durchaus sinnvoll und gerechtfertigt.

### Aktivierung

Die Aktivierung vor allem benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist seit den 1970er-Jahren ein „traditionelles“ Anliegen von Gemeinwesenarbeit und heute Kernelement der maßgeblich vom Essener Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) aus der GWA entwickelten „Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit“: „Stadtteilbezogene Arbeit in der Tradition von GWA bezeichnet einen projekt- und themenspezifischen Prozess einer (in der Regel) mehrjährigen Aktivierung der Wohnbevölkerung, der zwar einzelne Leuchtturmprojekte nicht ausschließt, sich jedoch vornehmlich über eine Vielzahl kleinerer Aktivierungsaktionen darauf richtet, anhand direkt geäußelter und durchaus häufig wechselnder Interessen der Wohnbevölkerung gleichsam eine ‚Grundmobilisierung‘ eines Wohnquartiers zu bewirken, die dann den Humus für größere Einzelprojekte darstellt“ (Hinze, hier

Stand 9/2001). Würden Strategien zur Stadtteilentwicklung von Einzelprojekten ohne eine solche „Mobilisierung“ der betroffenen Bevölkerung dominiert, gliche dies einer „Aktivierung ohne Unterleib“ mit nur geringen Wirkungen auf das Gemeinwesen und damit eine nachhaltige Entwicklung eines Quartiers. Es geht also darum, „kollektive Aspekte individueller Betroffenheit zu organisieren, Menschen an einen Tisch zu bringen, Nachbarschaften zu stärken, lokale Potentiale zu mobilisieren – schlagwortartig gesagt: um Kommunikation, Ideenproduktion sowie Organisation von Menschen und Ressourcen“, um „an vorhandene Interessen, Aktivitäten und Bedürfnislagen anzuknüpfen und diese für das Zusammenleben im Gemeinwesen nutzbar zu machen“ (ebenda). „Wer Menschen befähigen will, den eigenen Möglichkeitsraum zu erweitern, muss innerhalb ihrer Lebenswelt agieren“ (Lüttringhaus, hier Stand 9/2001).

Die Prinzipien „Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit“ als Grundlage für „Empowerment“ lauten (vgl. ebenda):

1. **Bedürfnisorientierung:** Die Frage „Was wollt ihr?“ steht im Vordergrund, nicht aber die Frage „Was braucht ihr?“;
2. **Aktivierung**, d.h. die Frage nach dem Eigenbeitrag der Quartiersbevölkerung zur Erreichung der selbst formulierten Ziele;
3. **Nutzung** der im Stadtteil/Quartier bereits vorhandenen Ressourcen;
4. bereichsübergreifendes **integriertes Handeln** auf allen Steuerungs- und Handlungsebenen;
5. **Vernetzung** relevanter Akteure, Projekte und Maßnahmen;
6. **Verbesserung der materiellen Situation** im Quartier (z.B. Infrastruktur, Wohnverhältnisse).

Vor diesem Hintergrund lassen sich unter Aktivierung alle „Techniken“ verstehen, mit denen einzelne Personen oder Personengruppen im Quartier angesprochen und in Kommunikation (miteinander) gebracht werden können. Ziele von Aktivierung können sein: der Aufbau eines Kontaktes zu Quartiersbewohnerinnen und -bewoh-

nern, die Identifikation von in der jeweiligen Lebenswelt erfahrbaren Problemen oder auch die Ermittlung der Bereitschaft Einzelner, an der Stadtteilentwicklung mitzuwirken. Es handelt sich also in erster Linie um projektunspezifische, eher informelle und zu einem großen Teil aufsuchende Vorgehensweisen.

Mohrlock, Neubauer, Neubauer und Schönfelder (1993) beklagten Anfang der 1990er-Jahre die unzureichende Auseinandersetzung von GWA mit Aktivierung und Aktivierungstechniken: „... konkrete Handlungsanweisungen für solche zu entwickelnden Strategien und Interventionen [bleiben] aus“ (ebenda, S. 223). Die Autorinnen und Autoren erarbeiteten auf Basis einer von ihnen in den alten Bundesländern durchgeführten Untersuchung eine Liste von Aktivierungstechniken, wobei sie zwischen „direkten Techniken“ und „visuellen Hilfsmitteln“ unterscheiden. Unter „direkten Techniken“ verstehen sie solche, „bei denen die ... [Professionellen] direkt mit BürgerInnen in Verbindung treten. ... Visuelle Techniken stellen eher Hilfsmittel zur Aktivierung von BewohnerInnen eines Gemeinwesens dar ...“. Dabei stimmen die „visuellen Hilfsmittel“ größtenteils mit quartierbezogener Öffentlichkeitsarbeit überein.

In den beiden folgenden Aufzählungen wird diese begriffliche Zweiteilung im Zusammenhang mit Aktivierung übernommen; die von Mohrlock, Neubauer, Neubauer und Schönfelder identifizierten Techniken werden aufgegriffen und durch solche ergänzt, die im Zuge der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in 16 Modellgebieten angewandt werden:

#### *Direkte Techniken*

- Aktivierende Befragungen (unter anderem zur Ermittlung aktueller Probleme im Wohngebiet);
- Arbeit mit einzelnen Personen (z.B. Beratungsangebote aus dem Bereich „Hilfe zur Selbsthilfe“);
- informelle Gespräche (beispielsweise zu Problemen im Quartier, zwischen einzelnen Gruppen oder auch bezüglich der eigenen Lebenssituation);

- aufsuchende Arbeit, Streetwork;
- „Mund-zu-Mund-Propaganda“ (Aktivierung über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren);
- Befähigung einzelner Bewohnerinnen und Bewohner zur Übernahme von Aufgaben im Gemeinwesen (z.B. Ausbildung Einzelner zu „Bürgermoderatorinnen“/„Bürgermoderatoren“);
- Vernetzung von und Vermittlung zwischen einzelnen Akteuren, Institutionen und Organisationen, Schlichtung von Interessenkonflikten (Mediation);
- Bürger-, Einwohner-, Blockversammlungen;
- Angebot regelmäßig stattfindender offener (Nachbarschafts-)Treffs (z.B. Stammtische);
- Angebot offener Treffs für bestimmte Zielgruppen (z.B. Migrantinnen);
- Feste (z.B. Stadtteil- und Straßenfeste, Vereinsfeste, Sportfeste, Einweihungsfeste, Jubiläen);
- (zielgruppenspezifische) Veranstaltungen und Aktionen (z.B. Sport- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche);
- Gebiets- und Gebäudebegehungen mit Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern sowie anderen lokal wirksamen/verantwortlichen Akteuren;
- Informationsangebote und -veranstaltungen zu allen Belangen der integrierten Stadtteilentwicklung;
- Wettbewerbe;
- Unterschriftensammlungen.

#### *Visuelle Hilfsmittel/ quartierbezogene Öffentlichkeitsarbeit*

- (Mehrsprachige) Stadtteilzeitungen;
- (mehrsprachige) Poster, Plakate, Flyer, Broschüren, Rundbriefe und anderes Informationsmaterial;
- Internetangebote rund um das Quartier;
- Dokumentationen von Veranstaltungen und Aktionen;
- Berichte in „Lokalblättern“;
- Verwendung eines Logos/Slogans;
- Kunst- und Kulturprojekte/-angebote;
- Einsatz von Quartiersmodellen als Grundlage für die Ermittlung von Problemen, Potenzialen und Ansatzmöglichkeiten für Projekte und Maßnahmen im Quartier („Planning for Real“).

## Beteiligung

Beteiligung setzt dagegen auf einer eher formalen Ebene an und basiert auf mehr oder weniger methodisch geplanten Verfahren (konkretes Programm, bestimmter Ort, festgelegter Zeitrahmen, vorgegebener Ablauf, Moderation) sowie vergleichsweise konkreten Zielvorstellungen (z.B. Diskussion bestimmter Themen, Entwicklung von Projekten, Vertretung von Gruppeninteressen). Beispiele für solche Beteiligungsformen sind:

- Stadtteilkonferenzen;
- Stadtteil- oder Bürgerforen;
- Runde Tische, Diskussionsrunden;
- Zukunfts-/Planungswerkstätten;
- Bürgergutachten;
- Planungszellen;
- stadtteilweite (thematische) Arbeitskreise, Arbeitsgruppen, Workshops;
- beteiligungsorientierte Projekte (z.B. Spielplatzgestaltung);
- zielgruppenspezifische Projekte (z.B. für Kinder und Jugendliche, Migrantinnen).

Wie Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen belegen, entsteht in einzelnen Stadtteilen im Laufe der Entwicklung eine abgestufte Gremienstruktur mit vielfältigen Formen der Zusammenarbeit (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2001, S. 50).

Zu den Zielgruppen von Beteiligungsprozessen gehören – neben Politik und Verwaltung – lokale und lokal wirksame Akteure, d.h. sowohl die Quartiersbevölkerung und vor Ort ansässige Gewerbetreibende, Einzelhändler, Initiativen, Vereine als auch überlokale Träger, (Wohnungs-) Unternehmen, Institutionen, die auf Quartiersebene lokal handeln. Es geht also nicht nur um eine „Mobilisierung“ aller Akteure im Wohnquartier, sondern darüber hinaus all derer, die als Fachkräfte ihr Detailwissen in die Gebietsentwicklung einbringen.

Bei allen Beteiligungsformen ist wichtig, Vertreterinnen und Vertreter der Politik einzubeziehen, sie zumindest über die Entwicklungen im Quartier regelmäßig zu informieren. Zu den unabdingbaren Voraussetzungen gehört auch, folgende Fra-

gen zu klären: Welche Rechtsqualität oder Beschlusskraft haben die in Beteiligungs-gremien getroffenen Entscheidungen? Wer ist der Adressat von Empfehlungen oder Beschlüssen? Wie ist das weitere Prozedere außerhalb der Beteiligungs-gremien geregelt? Ohne einen „direkten Draht“ zu den Entscheidern in Politik und Verwaltung droht die Gefahr, dass mühsam im Quartier ausgehandelte Kompromisse im Nachhinein verworfen werden – Letzteres unterminiert das Vertrauen in die gesamte Entwicklung, schadet der Glaubwürdigkeit des Programms und schränkt die Bereitschaft, an Beteiligungsprozessen weiter mitzuwirken, ein (ebenda).

Damit Beteiligung erfolgreich sein kann, bedarf es überdies eines Informationsgleichstands zu Beginn von Partizipationsprozessen, einer ergebnisoffenen Herangehensweise, der Pflege einer „Anerkennungskultur“ – beispielsweise durch Öffentlichkeitsarbeit zu Beteiligungs-gremien – und der zeitnahen Umsetzung zumindest einiger kleinerer Projektideen als sichtbaren Arbeitserfolgen. Solche spürbaren Ergebnisse können wiederum aktivierend wirken.

Neben dem Einsatz von Aktivierungstechniken und der Initiierung von Beteiligungsformen ist es nötig, Zugangsmöglichkeiten zu bereits bestehenden Initiativen und Organisationen zu nutzen (vgl. Hinte, hier Stand 9/2001) und diese in Vernetzungsaktivitäten mit einzubeziehen; dabei kommen vor allem infrage:

- Interessengemeinschaften (z.B. von lokalen Einzelhändlern);
- Mieterforen/-initiativen/-runden/-beiräte;
- Bürgervereine;
- Elternbeiräte;
- Pfarrgemeinden;
- Stadtteilbeiräte.

### **Schnell, unkompliziert, demokratisch – Verfügungsfonds fördern Aktivierung und Beteiligung**

Der Mangel an Entscheidungsbefugnissen auf der lokalen Ebene und damit auch an Möglichkeiten für schnelles Handeln war in der Vergangenheit ein wesentlicher Hinde-

rungsgrund für erfolgreiche Aktivierung und Beteiligung.

Wenn es um die Aktivierung der Bevölkerung und die Initiierung von Selbstorganisation geht, bedarf es daher der Einrichtung von Verfügungsfonds oder Stadtteilbudgets, mit deren Hilfe sich kleinere Projekte und Maßnahmen schnell und unbürokratisch realisieren lassen. Entscheidend ist hierbei weniger die Höhe der verfügbaren Mittel als vielmehr die Möglichkeit, diese Gelder unkompliziert und auf der Basis demokratisch legitimierter Entscheidungsstrukturen vor Ort direkt einzusetzen. Die Einrichtung eines Verfügungsfonds bedeutet ohne Zweifel sowohl für die Verwaltung, als auch für die Lokalpolitik die Abgabe eines Teils ihrer angestammten Macht. Hier gilt es, gerade die Politik als Partner zu gewinnen und ihr deutlich zu machen, dass sie durch den unmittelbaren Kontakt mit Bürgerschaft und Wirtschaft an Einfluss und Bürgernähe gewinnen und dadurch den Machtverlust kompensieren kann. Wenn Politik und Verwaltung frühzeitig in die Entscheidungsfindung einbezogen werden, entstehen keine Parallel-, sondern echte Mitbestimmungsstrukturen „im Schatten der Hierarchie“ von Rat und Bezirksvertretung (vgl. Becker/Löhr 2000, S. 27).

Keinesfalls sollten Verfügungsfonds lediglich als Instrument zur „Pazifizierung“ der Quartiersbevölkerung betrachtet werden – indem etwa im Rahmen von Beteiligungsprozessen zwar die Realisierung kleinerer, „bottom-up“-entwickelter Projekte ermöglicht wird, ansonsten jedoch nach mehr oder weniger „klassischem“ Vorgehen „top-down“-initiierte Vorhaben umgesetzt werden.

### **Erfahrungen mit Aktivierung und Beteiligung im Rahmen der Programmumsetzung „Soziale Stadt“**

Weder die aus dem Umfeld von GWA und „Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit“ stammenden Aktivierungsansätze und -techniken noch die aufgeführten Beteiligungsformen als Ergebnisse partizipativer Reformen der 1970er- und 1980er-Jahre

sind heute etwas Neues (vgl. Roth 1997, S. 436 ff.; ders. 1998, S. 13 ff.; Weißfels 1997, S. 223).

Neu im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ sind jedoch die Forderung nach einem ganzheitlichen Gebietsbezug dieser Ansätze sowie die Ausrichtung der Organisations- und internen Managementstrukturen der Verwaltung auf diese „neuen“ Formen der Ressourcenaktivierung und -nutzung: Soll das Programm „Soziale Stadt“ effizient umgesetzt werden, ist es unabdingbar, dass für die Maßnahmen, Aktivitäten, Mobilisierungs- und Revitalisierungsprozesse, die auf lokaler Ebene für erforderlich gehalten werden, geeignete flexible, kooperative, deregulierte politische und administrative Strukturen vorhanden sind oder kurzfristig geschaffen werden können. Das Instrument hierzu ist das Quartiermanagement (vgl. hierzu unter anderem Franke/Löhr 2000, S. 2 f.; Franke/Löhr/Sander 2000, S. 243 ff.), notwendige Voraussetzung ist in Teilbereichen die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen und kommunalen Ressourcen – mithin die Dezentralisierung von Macht.

Aus den Erfahrungen mit der Programmbegleitung wird bereits deutlich: der Erfolg von Aktivierung und Beteiligung hängt davon ab, dass politische Beschlüsse über integrierte Handlungskonzepte und neue Kooperationsformen getroffen worden sind – Aktivierung und Beteiligung benötigen „Rückendeckung“ durch Rat und Verwaltungsspitze, wenn sie als Instrumente und Methoden einer demokratischen Mitbestimmung „von unten“ tatsächlich ernst genommen werden sollen. Die Überwindung von Ressortgrenzen, der eindeutige Gebietsbezug sowie der Aufbau kooperativer Strukturen in der Verwaltung und mit der Kommunalpolitik sind weitere Voraussetzungen.

Erfolge in Sachen Aktivierung und Beteiligung sind vor allem in jenen Kommunen zu erwarten, in denen Quartiermanagement auf der Verwaltungsebene, im intermediären Bereich und im Quartier (Stadtteilbüro) in vollem Umfang eingerich-

tet worden ist. Probleme können sich hingegen dort ergeben, wo städtebauliche Sichtweisen und Planungsmethoden dominieren, die intermediäre Ebene mit „klassischen“ Beteiligungsverfahren zu stark betont und der Aktivierungsarbeit vor Ort ein zu geringer Stellenwert beigemessen wird. In einigen Kommunen lässt sich dementsprechend beobachten, dass Beteiligungsgremien überwiegend von „Profis“, nicht aber von Bürgerinnen und Bürgern besucht werden.

Erfolge lassen sich mit ganz unterschiedlichen Beteiligungs- und Aktivierungsmethoden erzielen; entscheidend ist jedoch, dass die entsprechenden Maßnahmen auf das jeweilige Gebiet und dessen meist heterogene Bewohnerschaft zugeschnitten sind. Es funktioniert meist nicht, Maßnahmen, mit denen in einem Gebiet gute Erfahrungen gemacht wurden, direkt auf ein anderes Gebiet zu übertragen. Bei der Aktivierung der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner kommt es vielmehr darauf an, für neue Prozesse und Ideen offen zu sein und einen vielfältigen „Methodenkoffer“ – unter Berücksichtigung der örtlichen Ausgangssituation – effektiv zu nutzen, auch wenn dies oftmals mit konkreten Projekt-, Zeit- und Output-Vorstellungen der Verwaltung kollidiert (Stichwort: Problem der „zwei Geschwindigkeiten“ in der „Lebens“- und der „Verwaltungswelt“). Wo es an Entscheidungsbefugnissen mangelt und kein Verfügungsfonds existiert, wird die Arbeit enorm erschwert. Insgesamt gilt: was die Realisierung von Wünschen aus der Bewohnerschaft angeht, dürfen keine Illusionen erzeugt werden, müssen die Verfahren transparent sein. Eine erfolgreiche Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung erfordert überdies die kontinuierliche Präsenz von Fachleuten vor Ort und offene Anlaufstellen mit niedrigschwelligen Angeboten.

### Fazit

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ergänzt die Städtebauförderung. Es versteht sich als „Investitions- und Leitprogramm für Stadtteile mit be-

sonderem Entwicklungsbedarf“ (ARGE-BAU 2000, S. 15) und damit für die Bündelung sowohl investiver als auch nicht-investiver Maßnahmen im Rahmen integrativer Stadtteilentwicklung. Das Programm kann also weder als „klassisches“ Städtebauförderungsprogramm interpretiert werden, noch lässt sich allein mit ihm die Umsetzung integrierter Handlungskonzepte finanzieren. Eine Interpretation in „traditionellem“ Sinne beschränkte die Programmumsetzung weitgehend auf „top-down“-initiierte Stadtentwicklungs- und -erneuerungsmaßnahmen inklusive mehr oder weniger „klassischer“ Beteiligungsmöglichkeiten. Die Chancen des Programms gehen jedoch weit über solche Ansätze hinaus: sie liegen in der Bündelung von materiellen Ressourcen sowie Kommunikation, Kooperation und Koordination auf allen Steuerungs- und Handlungsebenen im Rahmen einer integrativen Quartiersentwicklung. Das Ziel des Programms „Soziale Stadt“, in benachteiligten Quartieren selbsttragende Strukturen entstehen zu lassen, kann nur erreicht werden, wenn die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung vor Ort im Vordergrund der Programmumsetzung stehen. Damit erlangen ein entsprechend ausgerichtetes Quartiermanagement, situationsangepasste Aktivierung sowie angemessene Beteiligungsformen zentrale Bedeutung.

Gefragt ist in erster Linie die enge Zusammenarbeit vieler unterschiedlicher Akteure, so unter anderem auch von Fachleuten aus Planung und Sozialarbeit. Bei Ersteren liegt oftmals die Federführung für die Umsetzung des Programms und damit für die Einrichtung von Quartiermanagement; Letztere fordern für sich eine stärkere Rolle in der Programmumsetzung, mit dem Argument, Aktivierung, Beteiligung und Quartiermanagement seien originäre Aufgaben von GWA bzw. „Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit“. „Es gibt ... nur wenig Tradition in der Zusammenarbeit zwischen sozialen und städtebaulichen Akteuren. ... Deshalb ist es ein wichtiges Ziel, dass der soziale und der städtebauliche Bereich als zentrale Achsen zusammenfinden“, so Reinhard

Thies, Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen, auf dem bundesweiten Impulskongress zum Quartiermanagement Ende 2000 in Leipzig (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2001, S. 25). Die in Hessen praktizierte „Tandemlösung“, das heißt die Besetzung von Vor-Ort-Büros mit je einer Planerin/einem Planer und einer Sozialarbeiterin/einem Sozialarbeiter, kann dieser Forderung Rechnung tragen und Beteiligung und Aktivierung auf der Quartiersebene unmittelbar zusammenführen.

■ Thomas Franke, Difu

(1) Einige Autoren weisen bezüglich der Unterscheidung zwischen „konventionellen“ und „unkonventionellen“ Beteiligungsformen darauf hin, dass heute vormals „Unkonventionelles“ oftmals bereits „konventionell“ geworden sei und sich „konventionelle“ Beteiligungsformen zunehmend auch „unkonventioneller“ Methoden bedienen (vgl. Rucht 1997, S. 382 f. sowie Roth 1997, S. 409, FN 15).

(2) Aktivierung und Beteiligung in benachteiligten Stadtteilen sollten nicht mit eher mittelschichtorientiertem „bürgerschaftlichem Engagement“ oder der Bekleidung von Ehrenämtern in der „Bürgerkommune“ verwechselt werden. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ geht es vor allem um den (Wieder-)Aufbau von Gemeinwesenstrukturen in Wohnquartieren, die oftmals gerade durch das Fehlen von „Bürgerschaftlichkeit“ mit ihren verschiedenen Möglichkeiten politischer Einflussnahme gekennzeichnet sind.

## Literatur

- ARGEBAU – Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen, Leitfaden zur Ausgestaltung der gemeinschaftsinitiativen „Soziale Stadt“, S. 15, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 3 (Programmgrundlagen), Berlin 2000.
- Becker, Heidede, und Rolf-Peter Löhr, „Soziale Stadt“. Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11/2000.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Impulskongress Quartiermanagement, Dokumentation, Berlin 2001 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 5).
- Franke, Thomas, und Rolf-Peter Löhr, Überlegungen zum Quartiermanagement, in: Soziale Stadt info 2, Berlin 2000, S. 2–3.
- Franke, Thomas, Rolf-Peter Löhr und Robert Sander, Soziale Stadt – Stadterneuerungspolitik als Stadtpolitikerneuerung, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 39. Jahrgang, 2000, Band II, S. 243–268.
- Hinte, Wolfgang, Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Quartiermanagement. [www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Hinte/Quartiermanagement.htm](http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Hinte/Quartiermanagement.htm).
- Lütringhaus, Maria, Förderung von Partizipation durch integrierte Kommunalpolitik. [www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Luettringhaus/Buergerbeteiligung.htm](http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Luettringhaus/Buergerbeteiligung.htm).
- Mohrlock, Marion, Michaela Neubauer, Rainer Neubauer und Walter Schönfelder, Let's Organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich, München: AG SPAK 1993, S. 223 (Reihe Gemeinwesenarbeit, AG SPAK Bücher M 113).
- Roth, Roland, Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung, in: Klein, Ansgar, und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 409, FN 15 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 347).
- Roth, Roland, Lokale Demokratie „von unten“, in: Wollmann, Hellmut, und Roland Roth (Hrsg.), Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Bonn 1998, S. 5 ff. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 356).
- Rucht, Dieter, Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft, in: Klein, Ansgar, und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 382 f. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 347).
- Weißfels, Bernhard, Politisierung entlang neuer Konfliktlinien? in: Klein, Ansgar, und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 223 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 347).

## Impressum

### Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)  
Straße des 17. Juni 112  
D-10623 Berlin

### Redaktion:

Dr. Heidede Becker (v.i.S.d.P.)  
Klaus-Dieter Beißwenger  
Christa Böhme

### Layout und DTP:

Susanna Mayer

### Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe  
Soziale Stadt *info*  
Telefon: 030/390 01-282  
Telefax: 030/390 01-275  
E-Mail: [redaktion@sozialestadt.de](mailto:redaktion@sozialestadt.de)  
Internet: [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de)

### Herstellung:

Deutsches Institut für Urbanistik

### Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei,  
Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt *info* wird  
auf 100-prozentigem  
Recyclingpapier vervielfältigt.



Die Finanzierung erfolgt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) aus Mitteln des Programms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt).